



Michaela Noll

Mitglied des Deutschen Bundestages
Parlamentarische Geschäftsführerin
der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Michaela Noll, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

An die
Mitglieder der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU
des Kreises Mettmann

-per Email-

Berlin, 19.07.2010

Michaela Noll, MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Büro: Jakob-Kaiser-Haus
Raum: 6.311
Telefon: +49 30 227-73730
Fax: +49 30 227-76122
michaela.noll@bundestag.de

Wahlkreisbüro Mettmann :

Goethestr. 16
40822 Mettmann
Telefon: +49 2104-833250
Fax: +49 2104-833249
michaela.noll@wk.bundestag.de

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit dem Beginn der parlamentarischen Sommerpause und der Vorlage des Haushaltsentwurfs 2011 erreichen wir, die christlich-liberale Koalition, ein erstes Etappenziel dieser Legislaturperiode. Der Weg war holpriger und der Gegenwind war schärfer als viele erwartet haben. Dennoch haben wir in der Wirtschaftspolitik wichtige Weichen für Wachstum und Beschäftigung in Deutschland gestellt. Die aktuelle wirtschaftliche Lage und die Perspektiven für die kommenden Monate geben Grund zur Zuversicht:

- Die deutsche Wirtschaft erholt sich schneller als erwartet von den Folgen der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise. In ihrer Frühjahrsprojektion vom April hat die Bundesregierung das Wachstum für 2010 vorsichtig mit 1,4 % angesetzt. Inzwischen reicht das Prognosespektrum der Forschungsinstitute und der internationalen Organisationen bis 2,1 %, der DIHK erwartet sogar 2,3 %. 2011 wird sich die Erholung allen Prognosen zufolge fortsetzen.



- Zu der verbesserten Perspektive trägt vor allem bei, dass sich die Auftragsbücher der Industrie im Frühjahr deutlich gefüllt haben. Die Produktionstätigkeit hat sich kräftig belebt und die Auslastung der Kapazitäten steigt wieder an. Im Dreimonatszeitraum Februar bis April lagen die Auftragseingänge in der Industrie saisonbereinigt um 7,1 % über der Vorperiode, die Industrieproduktion um 2,8 %.
- Die deutsche Industrie ist modern und leistungsfähig und deshalb auf den Weltmarkt hin orientiert. Daher ist besonders wichtig, dass sich die Perspektiven für die Weltwirtschaft und den Welthandel weiter aufgehellt haben. Der Internationale Währungsfonds (IWF) hat Ende April die Prognose für das Wachstum der Weltwirtschaft auf 4,2 % (2010) bzw. 4,3 % (2011) angehoben; das Welthandelsvolumen soll laut IWF um 7,0 % (2010) bzw. 6,1 % (2011) zunehmen. Die deutschen Warenexporte lagen im laufenden Jahr bis einschließlich April um 19 % über dem Niveau vor einem Jahr. Ein gutes Stück des dramatischen Einbruchs in der Krise konnte so inzwischen wieder aufgeholt werden.
- Der Arbeitsmarkt hat sich in der Krise als bemerkenswert widerstandsfähig erwiesen und zur Stabilisierung der Wirtschaft beigetragen. Die Reformen der vergangenen Jahre und das hohe Maß von neuer Flexibilität von Arbeitgebern und Arbeitnehmern haben sich ausgezahlt. Die Erwerbstätigkeit nimmt seit dem



Frühjahr zu und stieg im Mai 2010 saisonbereinigt weiter um 38.000 Personen an. Im Juni gab es noch 3,15 Millionen Arbeitslose, 257.000 weniger als im Vorjahr. Die Inanspruchnahme von Kurzarbeit hat sich seit dem Höhepunkt im Mai letzten Jahres fast halbiert. Die Nachfrage nach Arbeitskräften nimmt weiter zu und die verbesserte Kapazitätsauslastung verringert das Risiko von Rückschlägen. Im internationalen Vergleich steht Deutschland mit einer Arbeitslosenquote von 7,0 % deutlich besser da als die USA (9,7 %) und der Durchschnitt des Euroraums (10,0 %; international vergleichbare Eurostat-Zahlen, saisonbereinigt für Mai 2010).

- Die Preise sind stabil. Aktuell liegt die Preissteigerungsrate in Deutschland mit 0,9 % (Juni 2010) deutlich unter der Marke von 2 %, dem Zielwert der EZB für Preisniveaustabilität. Auch die langfristigen Inflationserwartungen sind niedrig, was sich nicht zuletzt in den sehr niedrigen Zinssätzen für langfristige Anleihen des Bundes zeigt.
- Aufgrund der besseren Wirtschaftsentwicklung dürfte auch das Defizit im Bundeshaushalt mit voraussichtlich rund 65 Mrd. Euro niedriger ausfallen als im Haushaltsplan 2010 angesetzt (80,6 Mrd. Euro). Der Rückgang der gesamten Steuereinnahmen (aufsummiert über die Monate Januar bis Mai) war mit 1,8 % im Vergleich zum Vorjahr geringer als in der Steuerschätzung für das Gesamtjahr angenommen



(-2,6 %). Zugleich reduziert die positive Arbeitsmarktentwicklung die Ausgaben für den Arbeitsmarkt.

Trotz dieser insgesamt erfreulichen Entwicklung besteht kein Anlass zu Euphorie. Die Risiken, die vor allem von den Finanzmärkten ausgehen, waren und bleiben hoch. Die Bundesregierung hat mit Entschlossenheit und Augenmaß gehandelt, um diese Risiken abzufedern und die deutsche Wirtschaft wieder auf Wachstumskurs zu bringen:

- Mit dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz haben wir dem Wachstum 2010 einen zusätzlichen Schub gegeben und nicht zuletzt Familien mit Kindern entlastet. Insgesamt entlasten wir ab 2010 Bürger und Unternehmen jährlich dauerhaft in einem Umfang von rund 24 Mrd. Euro.
- Die deutsche Wirtschaft ist aufgrund ihrer Offenheit essenziell auf Stabilität und Wachstum in Europa angewiesen. Um die Turbulenzen an den europäischen Finanzmärkten infolge der Griechenland-Krise unter Kontrolle zu bringen und die Stabilität des Euro-raums zu sichern, hat Deutschland daher seinen Beitrag zum beschlossenen europäischen „Rettungsschirm“ geleistet und stellt bis zu 148 Milliarden Euro an Kreditgarantien bereit. Dieser zeitlich begrenzte Notfallmechanismus kann und darf jedoch überfällige Reformen nicht ersetzen. Die Bundesregierung arbeitet in der EU entschlossen auf eine Stärkung des



Stabilitäts- und Wachstumspaktes sowie auf eine effektivere wirtschaftspolitische Überwachung hin, mit der strukturelle Fehlentwicklungen in einzelnen Mitgliedstaaten rechtzeitig erkannt und korrigiert werden können.

- Die fortschreitende wirtschaftliche Erholung erlaubt und erfordert es, den Ausstieg aus der staatlichen Krisenbekämpfung einzuleiten und ab dem kommenden Jahr mit der konsequenten Konsolidierung der öffentlichen Haushalte zu beginnen. Der konjunkturbedingte Rückgang des Defizits ändert nichts an den grundlegenden Notwendigkeiten der strukturellen Haushaltskonsolidierung, die sowohl durch die verfassungsrechtliche Schuldenbremse als auch durch den europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt gefordert sind.
- Die Bundesregierung hat daher am 7. Juni ein umfassendes Sparkonzept vorgelegt, das die haushaltspolitischen Notwendigkeiten ernst nimmt und zugleich darauf achtet, die Wachstumskräfte nicht abzuwürgen. Aus wirtschaftspolitischer Sicht sind dabei drei Aspekte positiv hervorzuheben:
 1. Auf eine breit angelegte Steuererhöhung wurde verzichtet, denn eine solche Maßnahme hätte leicht zum Wachstumsrisiko werden können.
 2. Es wurde gezielt dort gekürzt, wo Spielräume für echte Effizienzsteigerungen vorhanden sind - wie



z. B. bei den zahlreichen Instrumenten der Arbeitsmarktpolitik.

3. Die Zukunftsbereiche Forschung und Entwicklung wurden bewusst von den Kürzungen ausgenommen und werden sogar verstärktes Gewicht erhalten.

- Der Staat ist aber auch Advokat der Steuerzahler. Unser Sparanstrengungen dienen deshalb immer auch dem Ziel, Spielräume für zukünftige Entlastungen zu schaffen – ins-besondere für die Leistungsträger unserer Gesellschaft, die kleinen und mittleren Unternehmen sowie für die Facharbeiter, Handwerker und Angestellten, die mit einem „Normaleinkommen“ in besonderer Weise unter der kalten Progression leiden.

Diese kleine Zwischenbilanz zeigt: Alles in allem war der wirtschaftspolitische Start der christlich-liberalen Koalition besser als von vielen wahrgenommen und oft auch von uns selbst vermittelt. Mit fester Orientierung an den Grundprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft müssen wir nun die Bedingungen für Wachstum und Beschäftigung in unserem Land weiter verbessern.

Mit freundlichen Grüßen

Ihre

Michaela Noll MdB